

Falsche Signale in der Diskussion über Irak-Flüchtlinge

Nicht die religiöse Zugehörigkeit, sondern die Schutzbedürftigkeit muss über eine Aufnahme entscheiden

Muriel Asseburg

6. Juni 2008, S. 4

Im Nahen Osten spielt sich derzeit die größte Flüchtlingskatastrophe seit 1948 ab: Über vier Millionen Iraker befinden sich auf der Flucht vor kriegerischer Gewalt, Folter und Verfolgung aufgrund ihrer ethnisch-konfessionellen Zugehörigkeit. Rund die Hälfte sind Binnenflüchtlinge, die anderen haben überwiegend in den Nachbarstaaten Aufnahme gefunden. Allein Syrien hat über einer Million Flüchtlingen vorübergehend Zuflucht gewährt - eine enorme Belastung für das rund 20 Millionen Einwohner zählende Land, insbesondere für seine kostenfreien Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.

Fünf Jahre nach Beginn des Irakkrieges ist in Deutschland endlich die Diskussion darüber in Gang gekommen, wie wir Verantwortung übernehmen und den Irak-Flüchtlingen helfen können, aber auch, wie eine gerechtere europäische Lastenteilung aussehen könnte. Derzeit beraten in Luxemburg die EU-Innenminister darüber.

Die Richtung, die die Diskussion in den letzten Monaten genommen hat, ist jedoch beschämend und sendet die falschen Signale aus. In allererster Linie, so hatte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vorgeschlagen, sollte Europa irakische Christen bzw. Angehörige nicht-muslimischer Minderheiten aufnehmen. Ein solcher Ansatz aber folgt der gleichen diskriminierenden Logik, die den ethnisch-konfessionellen Säuberern im Irak eigen ist. Durch dieses Ansinnen wird signalisiert, Christen hätten keine Zukunft im Nahen Osten, in Deutschland und Europa gebe es keinen Platz für (weitere) Muslime. Dies konterkariert nicht nur die gewachsene religiöse und gesellschaftliche Vielfalt im Nahen Osten. Es zeichnet auch ein Bild von Europa, das nicht das der Aufklärung, sondern der Segregation und Abschottung ist. Zu Recht wird dieser Ansatz vom Flüchtlingshilfswerk der Uno sowie von der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft abgelehnt.

Auch die Argumentation, christliche Iraker ließen sich in Deutschland und Europa besser integrieren, ergibt wenig Sinn. Erfolgreiche Integration ist - das zeigt die Erfahrung - eine Frage des Bildungsstands, vor allem ist sie von den Perspektiven und von Integrationshilfen im Aufnahmeland abhängig. Bei der Aufnahme von Kontingentflüchtlingen sollte die persönliche Schutzbedürftigkeit an erster Stelle stehen.

Es ist sicherlich richtig, dass unter denen, die am dringendsten Schutz und Versorgung brauchen, viele Angehörige von Minderheiten sind. Aber auch andere irakische Flüchtlinge brauchen medizinische oder psychologische Behandlung sowie eine sichere Umgebung: zum Beispiel Frauen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, diejenigen, die in Mischehen leben, oder Iraker, die mit den multinationalen Truppen zusammengearbeitet haben. Es gilt insbesondere auch für die rund 3 000 Palästinenser, die im Irak oder im Niemandsland zwischen Irak und Syrien festsitzen und die vollständig auf internationale Hilfe angewiesen sind.

Die Aufnahme von irakischen Flüchtlingen sollte daher nicht von ihrer Religionszugehörigkeit abhängig gemacht werden, sondern sich in erster Linie an der Schutzbedürftigkeit orientieren. Darüber hinaus sollten die Europäer die Arbeit des UNHCR sowie der Hauptaufnahmestaaten Syrien und Jordanien stärker unterstützen.

Ein solches Engagement ist nicht nur eine moralische Verpflichtung und ein Gebot der internationalen Lastenteilung. Es ist letztlich auch im europäischen Eigeninteresse, weil mittel- bis langfristig nur so eine weitere, massive Destabilisierung des Nahen Ostens vermieden werden kann.

Muriel Asseburg ist Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und derzeit Gastwissenschaftlerin beim Carnegie Middle East Office in Beirut.